

Diskussionspapier zum Bericht des Bundesvorsitzenden am 12. Februar 2007

Standortbestimmung

Zum dritten Mal in Folge war es dem bürgerlichen Lager bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 nicht gelungen, das mehrheitliche Wählervotum auf sich zu vereinen. Es wurde deutlich, dass die Menschen keiner politischen Konstellation die notwendige Problemlösungskompetenz zutrauen und eine ernsthafte Legitimationskrise der Politik droht. Angesichts dieser Problemstellung hätte es innerhalb der Union zwangsläufig zu der Frage führen müssen, wie eine bürgerliche Stimmenmehrheit in Deutschland zukünftig wieder zu erlangen ist. Diese Fragestellung wurde aber seit der Koalitionsfindung zwischen Union und SPD zurück gestellt. Das Hauptaugenmerk lag auf der Bildung einer vernunftgeleiteten Regierungskoalition und setzt sich heute fort in einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners.

Burgfrieden als Mittel zum Zweck

Das Zeitfenster für Reformen ist schmal und duldet keinen Aufschub für entschlossenes Handeln. Bei der derzeitigen Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners bleiben aber die große normative Perspektive der Politik und eine übergeordnete Botschaft auf der Strecke. Die Union hat mit der SPD einen Koalitionspartner der Besitzstandswahrer, Realitätsverweigerer und Bedenkenträger. In dieser Konstellation laufen wir Gefahr, dass sich jahrzehntelang bekannte Probleme verfestigen und Reformen gar nicht oder nur halbherzig angegangen werden, um den vermeintlichen Burgfrieden der Großen Koalition aufrecht zu erhalten. Dieser Burgfrieden wird in der Öffentlichkeit sowie an der Basis der Union allein noch als Mittel zum Zweck des Machterhalts wahrgenommen.

Ordnungspolitischer Kompass der Union in Gefahr

In dieser Gemengelage entsteht der Eindruck, dass die Union ihren eigenen ordnungspolitischen Kompass und ihr gedankliches Leitbild preisgibt. Parteien, die die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land überzeugen wollen, benötigen aber neben konkreten Zielen ein gedankliches Leitbild, welches über die Tagespolitik hinausgeht. Wenn dieses gedankliche Leitbild bei den Bürgern nicht mehr zu erkennen ist, verliert die Union an Glaubwürdigkeit. Wenn die Schere zwischen dem öffentlich wahrnehmbaren politischen Handeln einerseits und dem ordnungspolitischen Leitbild im Sinne von Freiheit, Sozialer Marktwirtschaft und Gerechtigkeit andererseits immer weiter auseinander klafft, verspielen wir langfristig unseren Anspruch auf die geistig-politische Meinungsführerschaft in unserem Land.

Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Leitbild

Als ordnungspolitisches Leitbild beschreibt die Union die Soziale Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard. Die wachsenden Zweifel der Bevölkerung, ob Bürger und Unternehmen durch gemeinsame Interessen verbunden sind, beeinflussen inzwischen aber das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft und verunsichern insbesondere die Unionsparteien. Der Appell insbesondere aus Nordrhein-Westfalen, die Union müsse mehr soziale Kompetenz zeigen, ist dafür ein deutliches Zeichen. Es ist deshalb höchste Zeit, sich stärker den wirtschaftsethischen Fragen zuzuwenden und die vielfach verwendete Begrifflichkeit „Verantwortung der Unternehmen“ in das rechte Licht zu rücken.

Die primäre Verantwortung des Unternehmers in einer Marktwirtschaft besteht darin, die Kunden mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen und dadurch Gewinn zu erzielen. Völlig falsch ist die in der Öffentlichkeit vorherrschende Meinung, Unternehmen seien dazu da, Arbeitsplätze zu schaffen und Steuern zu zahlen. Arbeitsplätze entstehen und Steuern können gezahlt werden, wenn die Unternehmer am Markt erfolgreich sind und Gewinne erzielen.

Unternehmer können aber nur dann Verantwortung übernehmen, wenn ihnen auch die Chance gegeben wird, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Erfolgreiche Unternehmen benötigen marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen, wozu insbesondere die unternehmerische Freiheit gehört. Unternehmerische Freiheit und unternehmerische Verantwortung sind deshalb zwei Seiten einer Medaille.

Von den Leipziger Parteitagebeschlüssen in die Große Koalition

Programmatische Grundlage für diese marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Mittelstand waren die Parteitagebeschlüsse in Leipzig im Jahre 2003 und in Düsseldorf im Jahre 2004. Diese Reformbeschlüsse waren richtig und dürfen nicht umgekehrt werden. Sie waren zudem Fundament des Regierungsprogramms im Wahlkampf 2005. Von den zehn Leitsätzen in Leipzig für eine radikale Vereinfachung und eine grundlegende Reform des deutschen Einkommensteuersystems war allerdings im Koalitionsvertrag nichts mehr zu lesen.

Ebenso fand sich der Leitgedanke des Regierungsprogramms der Union mit seinem Dreiklang von Maßnahmen, um dem strukturellen Defizit allein des Bundeshaushaltes von ca. 60 Milliarden Euro zu begegnen, nicht nach der Vorstellung der Union im Koalitionsvertrag wieder. Dieser Dreiklang sah

1. eisernes Sparen und eine strikte Ausgabendisziplin,
2. eine konsequente Wachstumspolitik durch eine schnelle, weit reichende Strukturreform und
3. eine mutige Umschichtung von konsumtiven Ausgaben hin zu Investitionen, Forschung, Bildung und Innovationen vor.

Fazit zur Fiskalpolitik der Großen Koalition

Der Großteil des strukturellen Defizits des Bundeshaushaltes wird auf der Einnahmenseite gelöst, also durch Steuererhöhungen. Ein ernsthaftes Herangehen an die Ausgabenseite ist nicht erkennbar!

Fazit zur Strukturpolitik der Großen Koalition

Mit einer Einigung über eine echte Arbeitsmarktreform in dieser Legislatur ist nicht zu rechnen. Vielmehr gilt es seitens der Unionsvertreter das Schlimmste zu verhindern, wie etwa die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Die dringend notwendige Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bleibt aus. Die Chancen für die wesentlichen Weichenstellungen für mehr Beschäftigung und Wachstum sind somit für weitere Jahre vertan. Die grundlegenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme finden ebenfalls nicht statt. Durch die Anhebung des Renteneintrittsalters (67 Jahre) findet keine Strukturreform statt, sondern lediglich ein Ausbremsen des Rentenanstiegs. Im Ergebnis der Gesundheitsreform wurde als oberstes Ziel die Kostendämpfung zementiert. Damit wurde dem Wachstums- und Innovationspotential des Gesundheitsmarktes und der Notwendigkeit der eigenverantwortlichen Entscheidung des Bürgers und der freien Entfaltung der pharmazeutischen Industrie und des Mittelstandes eine Absage erteilt. Mit der Unternehmensteuerreform sollen die Steuersätze von 39 Prozent auf 30 Prozent abgesenkt werden. Deutschland liegt mit diesen Steuersätzen im Mittelfeld vergleichbarer Länder. Die Steuerbelastung von 30 Prozent gilt aber nur für einbehaltene Gewinne. Bei ihrer Ausschüttung ist zusätzlich eine Abgeltungssteuer von 25 Prozent (allerdings mit Veranlagungsoption) zu zahlen, wodurch sich die Gesamtbelastung auf über 48 Prozent erhöht. Für kleinere und mittlere Unternehmen mit Steuersätzen unterhalb von 30 Prozent ist eine Thesaurierungsrücklage nicht vorgesehen. Die Steuermindereinnahmen aufgrund der Steuersatzsenkung für Kapitalgesellschaften und große Personenunternehmen werden auf insgesamt 29 Milliarden Euro geschätzt. Problematisch ist dabei die Begrenzung der Steuerentlastung auf 5 Milliarden Euro, wodurch erhebliche Gegenfinanzierungsmaßnahmen erforderlich werden.

Fazit zum Bereich Investitionen, Forschung und Bildung

Die MIT erkennt die Einzelmaßnahmen im Rahmen des Förderprogramms von 25 Mrd. Euro an. Allerdings kann aus Sicht der MIT dieses Wachstumsprogramm grundsätzlich kein Ausgleich für die fehlenden Strukturreformen sein.

Ausblick Orientierungsloses Deutschland?

Die MIT vermisst die wesentlichen Weichenstellungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dies ist in erster Linie auf die Reformunfähigkeit des Koalitionspartners SPD zurückzuführen. In der Großen Koalition werden die elementaren programmatischen Unterschiede und das unterschiedliche Menschenbild der beiden großen Volksparteien sichtbar. Es gelingt der Union derzeit aber nicht, den Menschen in unserem Land im Gegensatz zur „Koalitionspolitik der Zwänge“ das eigene Leitbild und die Zukunftsvisionen der Union darzulegen. Jetzt ist aber die Zeit, den Menschen unsere Vorstellungen von einer zukunftsweisenden Politik zu verdeutlichen.